

Thüringer Tabelle

Stand: 01.01.2002

Die Unterhaltsrechtsprechung der Thüringer Familiensenate orientiert sich im wesentlichen an den von der Rechtsprechung des BGH entwickelten Grundsätzen und an den Leitlinien der "Düsseldorfer Tabelle" Stand: 01.07.1999, soweit im Folgenden keine Abweichungen enthalten sind,.

A. Kindesunterhalt

I. Minderjährige:

Bedarf nach Altersstufen in EURO:					
Gruppe ¹⁾	bereinigtes Nettoeinkommen ²⁾ des Unterhaltspflichtigen in EURO	bis Vollendung des 6. Lebensjahres (Lbj.) ³⁾	vom 7. bis Vollendung des 12. Lbj. ³⁾	vom 13. bis Vollendung des 18. Lbj. ³⁾	ab 19. Lbj.
a)	bis 1000	174	211	249	287
b)	1000 - 1150	181	220	259	298
c)	ab 1150	wie nachfolgende Düsseldorfer Tabelle (aber ohne Bedarfskontrollbetrag)			

1	bis 1300	188	228	269	310
2	1300 - 1500	202	244	288	332
3	1500 - 1700	215	260	307	354
4	1700 - 1900	228	276	326	376
5	1900 - 2100	241	292	345	398
6	2100 - 2300	254	308	364	420
7	2300 - 2500	267	324	382	440
8	2500 - 2800	282	342	404	466
9	2800 - 3200	301	365	431	497
10	3200 - 3600	320	388	458	528
11	3600 - 4000	339	411	485	559
12	4000 - 4400	358	434	512	590
13	4400 - 4800	376	456	538	620
	über 4800	nach den Umständen des Falles			

¹⁾ vgl. unter D, Anmerkung 2

²⁾ vgl. unter D, Anmerkung 5

³⁾ § 1612 a Absatz 3 BGB

II. Volljährige:

1. Der Bedarf eines Volljährigen mit eigenem Hausstand beträgt in der Regel monatlich 550,00 EURO, soweit sich nicht aus dem zusammengerechneten bereinigten Nettoeinkommen der Eltern unter Anwendung der Tabelle ohne Höherstufung ein höherer Satz ergibt.

2. Für den im Haushalt der Eltern oder eines Elternteils lebenden Volljährigen ohne eigenes Erwerbseinkommen ist der Tabellenbetrag der 4. Altersstufe anzusetzen. Dabei ist von dem zusammengerechneten bereinigten Nettoeinkommen beider Eltern unter Anwendung der Tabelle ohne Höherstufung auszugehen.

3. Erzielt der bei den Eltern oder einem Elternteil lebende Volljährige eigenes Erwerbseinkommen, so ist wegen der sich anbahnenden eigenen Lebensstellung von einem festen Bedarfsbetrag auszugehen, der wegen der wirtschaftlichen Vorteile des Zusammenlebens mit den Eltern oder einem Elternteil auf 460,00 EURO zu bemessen ist, sofern sich nicht nach Ziffer II. 2 ein höherer Bedarf ergibt.

4. Der Bedarf des Volljährigen umfaßt in der Regel den Wohnbedarf und übliche ausbildungsbedingte Aufwendungen.
Eigenes Einkommen des Volljährigen ist nach Abzug konkret zu belegender berufsbedingter Aufwendungen anzurechnen.

5. Die Eltern haften anteilig nach ihren Einkommensverhältnissen für den Bedarf des Volljährigen. Vor Bildung der Haftungsquote sind der angemessene Selbstbehalt und der Unterhalt vorrangig Berechtigter vom bereinigten Nettoeinkommen jeden Elternteils abzusetzen.
Die Haftung ist auf den Tabellenbetrag ohne Höherstufung nach Maßgabe des eigenen Einkommens des Pflichtigen begrenzt.

B. Ehegattenunterhalt

I. Gegen einen erwerbstätigen Unterhaltspflichtigen:

1. Wenn der Berechtigte kein eigenes Einkommen hat, $\frac{3}{7}$ des bereinigten Nettoeinkommens⁴ zuzüglich $\frac{1}{2}$ der anrechenbaren sonstigen Einkünfte des Verpflichteten.

2. Wenn der Berechtigte eigenes Einkommen hat, $\frac{3}{7}$ der Differenz zwischen den anrechenbaren Nettoeinkommen⁵ der (geschiedenen) Ehegatten bzw. $\frac{1}{2}$ der anrechenbaren sonstigen Einkünfte, jeweils begrenzt durch den vollen Bedarf nach den ehelichen Lebensverhältnissen (§ 1578 BGB).

3. Maßgeblich sind jeweils die die ehelichen Lebensverhältnisse prägenden Einkünfte der (geschiedenen) Ehegatten.

Verfügt der Berechtigte über die ehelichen Lebensverhältnisse nicht prägendes eigenes Einkommen, so kommt die sog. Anrechnungsmethode zur Anwendung. Hierbei wird das Erwerbseinkommen des Berechtigten mit $\frac{6}{7}$ angerechnet.

II. Gegen einen nichterwerbstätigen Unterhaltspflichtigen:

(z.B. Rentner, Pensionär oder einem aus Vermögenseinkünften Verpflichteten)

$\frac{1}{2}$ der verteilungsfähigen Einkünfte.

III. Der Unterhaltsbedarf (Elementarunterhalt) kann bis zu einem Betrag von 1.840,00 EURO als Quotenunterhalt ohne Nachweis des tatsächlichen Bedarfs geltend gemacht werden (sog. relative Sättigungsgrenze).

IV. Bei Ehegatten, die vor dem 03.10.1990 in dem Beitrittsgebiet geschieden worden sind, ist das FGB i.V.m. dem Einigungsvertrag zu berücksichtigen (Art. 234 § 5 EGBGB).

C. Selbstbehalte

der im Beitrittsgebiet wohnenden Unterhaltspflichtigen

⁴ vgl. unter D, Anmerkung 5

⁵ vgl. unter D, Anmerkung 5

Der monatliche Selbstbehalt beträgt:

1. gegenüber minderjährigen und gemäß § 1603 Abs. 2 Satz 2 BGB privilegierten volljährigen Kindern sowie getrenntlebenden Ehegatten (sog. notwendiger oder kleiner Selbstbehalt):

a.) für nichterwerbstätige Unterhaltspflichtige	650,00 EURO
b.) für erwerbstätige Unterhaltspflichtige	750,00 EURO

(darin enthalten ist ein Wohnanteil von 235,00 EURO Warmmiete bzw. 155,00 EURO Kaltmiete);

2. gegenüber volljährigen Kindern, die nicht gemäß § 1603 Abs. 2 Satz 2 BGB privilegiert sind, und geschiedenen Ehegatten (sog. angemessener oder großer Selbstbehalt):

a.) für nichterwerbstätige Unterhaltspflichtige	800,00 EURO
b.) für erwerbstätige Unterhaltspflichtige	900,00 EURO

(darin enthalten ist ein Wohnanteil von 290,00 EURO Warmmiete bzw. 195,00 EURO Kaltmiete).

Dem geschiedenen Ehegatten ist nach Maßgabe des § 1581 BGB unter Umständen ein höherer Betrag zu belassen.

3. Der angemessene Selbstbehalt des Unterhaltspflichtigen gegenüber seinen Eltern beträgt mindestens monatlich:

1.125,00 EURO.

4. Der angemessene Selbstbehalt des Unterhaltspflichtigen gegenüber der Mutter oder dem Vater (§ 1615 I Abs. 1 BGB) beträgt mindestens monatlich:

900,00 EURO.

D. Anmerkungen

1. Die vorliegende Tabelle berücksichtigt die ab 01.01.2002 geltenden Regelbetragssätze

(vgl. BGBl. I, S. 842) und die Steigerung der Lebenshaltungskosten in den neuen Bundesländern.

2. Die Tabelle weist monatliche Unterhaltsrichtsätze aus, bezogen auf einen gegenüber einem Ehegatten und zwei Kindern Unterhaltspflichtigen.

Bei einer größeren/geringeren Anzahl Unterhaltsberechtigter können Ab- oder Zuschläge durch Einstufung in niedrigere/höhere Gruppen angemessen sein.

3. a.) Die Bedarfssätze der Thüringer Tabelle sind maßgeblich, wenn der Unterhaltsberechtigte in einem neuen Bundesland (einschließlich dem Beitrittsteil des Landes Berlin) wohnt.

b.) Die Selbstbehaltssätze richten sich nach dem für den Wohnort (Lebensmittelpunkt) des Unterhaltspflichtigen maßgeblichen Verhältnissen.

4. In den Unterhaltsbeträgen für minderjährige und volljährige Kinder sind Krankenkassen- und Pflegeversicherungsbeiträge nicht enthalten.

5. Bei der Bereinigung des Nettoeinkommens sind berufsbedingte Aufwendungen des Unterhaltspflichtigen nur auf konkreten Nachweis absetzbar, da eine pauschalisierende Berücksichtigung schon in der Unterhaltsquote enthalten ist. Eine Schätzung nach § 287 ZPO kann dabei erfolgen.

Nachgewiesene notwendige Fahrtkosten zur und von der Arbeitsstätte werden mit 0,22 EURO pro gefahrenem Kilometer berücksichtigt, wobei in der Regel eine einfache Entfernung von mehr als 40 Kilometern nicht mehr als angemessen angesehen werden kann. Hierin sind Anschaffungs-, Reparatur- und sonstige Betriebskosten enthalten.

6. Die in den Selbstbehaltssätzen ausgewiesenen Wohnkosten können im Mangelfall als Maßstab für die Anrechnung mietfreien Wohnens herangezogen werden. Höhere Wohnkosten führen in der Regel nicht zu einer Erhöhung der Selbstbehaltssätze.

7. Die Führung des Haushaltes eines leistungsfähigen Dritten kann dem Nichterwerbstätigen als (fiktives) Einkommen zugerechnet werden. In der Regel kann ein Betrag von 280,00 EURO monatlich dafür angesetzt werden.

8. Geht ein Ehegatte einer Vollzeittätigkeit nach, obwohl er ein oder mehrere minderjährige Kinder betreut, so kann ihm gegenüber dem anderen Ehegatten wegen der Mehrbelastung ein Betrag in einer Größenordnung bis zu 155,00 EURO anrechnungsfrei belassen werden. Notwendige höhere Aufwendungen können auf Nachweis berücksichtigt werden.„